Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3655

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 3. bis 6. Mai 1965 in Straßburg

I.

Die politische Debatte erhielt ihr besonderes Gewicht durch die Anwesenheit von sieben Mitgliedern des amerikanischen Kongresses. Senator J. William Fulbright (Demokrat) erklärte, Europa sei nicht mehr unmittelbar bedroht und man habe jetzt Zeit, die Fragen der Organisation der nuklearen Verteidigung in Ruhe zu diskutieren. Die Vereinigten Staaten erwarteten neue Vorschläge hierzu. Die deutsche Wiedervereinigung werde noch längere Zeit auf sich warten lassen. Bis dahin müßten die Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands durch den Handel aufrechterhalten werden. Durch wirtschaftliche und kulturelle Annäherung der Bundesrepublik an die Ostblockstaaten würden diese sich allmählich der unnatürlichen Teilung bewußt werden. Fulbright bekannte sich ausdrücklich zur Verantwortung der Westmächte für die Wiedervereinigung. Er schlug eine Beratende Atlantische Versammlung aus Parlamentariern der NATO- und OECD-Länder vor. Das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses Wayne L. Hays kritisierte sehr lebhaft Frankreich wegen der Forderung auf Rückzahlung kurzfristiger Kredite in Gold. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft gebe es eine wechselseitige Abhängigkeit der Staaten in der atlantischen Gemeinschaft.

Fulbright, Hays und der republikanische Senator John S. Cooper verteidigten die Politik der USA in Vietnam und im karibischen Raum.

Von deutscher Seite griffen die Abgeordneten Dr. Kopf (CDU) und Dr. Meyer (SPD) in die Debatte ein. Dr. Kopf erklärte, die atlantische Partnerschaft setze ein geeintes Europa als gleichwertigen Partner voraus, die Fusion der drei Gemeinschaften stehe bevor und die Annäherung von EWG und EFTA müsse mit allen Mitteln erstrebt werden. Die Wiedervereinigung könne ohne die vier Mächte nicht erreicht werden. Er warnte vor einer Überschätzung der Möglichkeiten für eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Er trat ferner ein für das Weiterbestehen der NATO nicht nur als einer Allianz der westlichen Staaten, sondern als einer Organisation mit einer gemeinsamen strategischen Planung, sowie für die Schaffung einer europäischen politischen Union. Dr. Meyer wies darauf hin, daß der Bundestag dem Appell der Versammlung wegen der Verlängerung der Verjährungsfrist gefolgt sei. Er widersprach der mehrfach geäußerten Meinung, daß man in absehbarer Zeit nicht an die deutsche Wiedervereinigung denken könne, und setzte sich für eine „Politik der kleinen Schritte" im Osten und die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Westen ein. Er sprach sich namentlich für ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Vereinigten Staaten aus. Nur eine einheitliche westliche Politik lasse eine fruchtbare Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses erwarten.

Der türkische Außenminister Hassan Isik unterstrich als Vorsitzender des Ministerkomitees die Notwendigkeit einer gerechten Lösung der Frage der deutschen Einheit „im Interesse aller". Die britischen Sprecher — Staatsminister Padley, Maudling, de Freitas und Sandys — erklärten übereinstimmend, die englische Regierung sehe die Einigung Europas als eines ihrer wichtigsten Ziele an. EFTA und EWG bezeichneten nur eine Etappe auf dem Weg zu einem viel größeren gemeinsamen europäischen Markt. Auch der italienische Außenminister Fanfani bezeichnete als Hauptziel der italienischen Politik die Einigung Europas sowie eine wirkliche atlantische Partnerschaft. Eine umfassende Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWG wurde von fast allen Rednern, namentlich dem schwedischen Außenminister Torsten Nilsson und den britischen Sprechern, mit Entschiedenheit gefordert.

Die Versammlung appellierte an die Sowjetunion, den 2,3 Millionen Juden in der Sowjetunion kulturelle Autonomie zuzugestehen.

Der Berichterstatter des politischen Ausschusses, der norwegische Abgeordnete Finn Moe (Labour), empfahl nicht nur einen stärkeren kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Teilen Deutschlands, sondern auch mit der Sowjetunion und dem gesamten Ostblock. In der Entschließung des Politischen Ausschusses wird ein wirksa-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

sames System der Konsultation und Koordination unter den atlantischen Staaten gefordert.

II.

In der wirtschaftspolitischen Debatte kritisierte Th. Christensen, der Generalsekretär der OECD, das zu geringe Ausmaß der Entwicklungshilfe. Die Länder, in denen die Gefahr bestehe, daß durch eine zu starke Bevölkerungszunahme der Fortschritt in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gefährdet sei, sollten zu einer Geburtenkontrolle ermutigt werden.

Besonders eingehend wurden die atlantischen Themen diskutiert: Partnerschaft, Kennedy-Runde, Aufgabenteilung in der Entwicklungshilfe, Weltwährungsfragen. Der Sprecher der deutschen Delegation, Abg. Dr. Serres (CDU/CSU), setzte sich besonders für engere Kontakte zwischen EWG und EFTA ein und schlug vor, mit der wirtschaftlichen Integration auf Teilgebieten zu beginnen, wenn es zunächst nicht zu einer Annäherung auf dem Gesamtgebiet der gewerblichen und Agrarwirtschaft kommen sollte. Er begrüßte die von britischer Seite in der Debatte gemachten Anregungen lebhaft und empfahl, sie aufzugreifen.

In der Entschließung wird die baldige Schaffung eines umfassenden europäischen Marktes gefordert, dem alle Mitgliedstaaten angehören. Da dieses Ziel nicht in kurzem erreichbar sei, müsse versucht werden, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Teilung Europas auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Länder im Rahmen der Kennedy-Runde zu mildern.

III.

Die Versammlung beschloß in der Geschäftsordnungsdebatte, daß künftig eine namentliche Abstimmung nur von mindestens fünf Abgeordneten beantragt werden kann. Der Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit ist an die gleiche Zahl gebunden. Der amtierende Präsident kann jederzeit eine namentliche Abstimmung ansetzen. Auf die damit erreichte weitere Vereinfachung der Geschäftsordnung wies der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Bauer (Würzburg) (SPD), besonders hin.

IV.

Nach Aufnahme Maltas als 18. Mitglied umfaßt der Europarat jetzt 147 Abgeordnete.

Am Europatag am 5. Mai wurde eine Büste Sir Winston Churchills enthüllt.

Der französische Abg. Pierre Pflimlin (MRP) wurde zum dritten Male zum Präsidenten der Versammlung gewählt, ebenso die acht Vizepräsidenten, darunter Abg. Fürst von Bismarck (CDU/CSU). Von den deutschen Mitgliedern wurden als Ausschußvorsitzende wiedergewählt: Abg. Bauer (Würzburg) (SPD) (Geschäftsordnungsausschuß), Ernst Paul (SPD) (Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen), Dr. Zimmer (CDU/CSU) (Haushaltsausschuß).

Der zweite Sitzungsabschnitt der 17. ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung, dem die gemeinsame Sitzung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung am 24. und 25. September 1965 vorausgeht, findet vom 27. September bis 1. Oktober 1965 statt.

Dr. Serres
Sprecher der deutschen Delegation

Paul
stellvertretender Sprecher

Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)
stellvertretende Sprecherin